



## **Sportausschuss**

3. Sitzung (nichtöffentlich)

25. September 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitz: Gisela Hinnemann (CDU)

Stenograf: Michael Endres

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Einführung in die Sportpolitik der Landesregierung für die 13. Wahlperiode**

in Verbindung damit:

**2 Resümee zur Sportpolitik der 12. Wahlperiode**

1

- Bericht von Minister Dr. Michael Vesper (MSWKS)
- Diskussion

- 3 Verkauf eines landeseigenen Grundstücks in Warendorf an das Bundesleistungszentrum Reiten des Deutschen Olympiade-Komitees für Reiterei e. V. (DOKR)** 19
- Berichte von Rainer Reisloh, Leiter Personal, Finanzen, Controlling des DOKR, Christoph Hess, Leiter des Bundesleistungszentrums in Warendorf, und AR Breuer (FM)
  - Diskussion
- 4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/150  
EP 14 - Änderungen im Bereich Sport 26
- Bericht von MDgt Stallberg (MSWKS)
- 5 Verschiedenes** 27

*(siehe Diskussionsteil)*

\*\*\*\*\*

**4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/150

EP 14 - Änderungen im Bereich Sport

**MDgt Stallberg (MSWKS) berichtet:**

Im Kern geht es bei den Änderungen im Bereich Sport um die Förderung der freiwilligen Schülersportgemeinschaften. Wir haben im Lande etwa 6.000 so genannte freiwillige Schülersportgemeinschaften. Im schulischen Rahmen wird hier in einem breiten Spektrum von Sportarten sowohl allgemeiner Art als auch bezogen auf den Bereich der Nachwuchsförderung Sport angeboten.

Im Haushalt steht für die Förderung der Schülersportgemeinschaften, insbesondere für deren Leiterinnen und Leiter, ein Betrag von 3,3 Millionen DM bereit. Im Einzelfall geht es dabei nicht um viel Geld, sondern um Stundensätze in der Größenordnung zwischen 9 und 12 DM.

Wir haben uns überzeugen lassen müssen, dass unter sozialversicherungsrechtlichem Aspekt Fragen auftauchen könnten, und zwar derart, ob diese Gelder als Entgelt anzusehen sind und folglich sozialversicherungsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Das hat uns in der Tat intensiv bewegt; denn bei den Beträgen, die ich Ihnen gerade genannt habe, kann man - das ist unsere feste Überzeugung - nicht von Entgelten sprechen, sondern es geht allenfalls um Aufwendungsersatz. Wir möchten auch den Leiterinnen und Leitern der freiwilligen Schülersportgemeinschaften nicht zumuten, sich mit diesen Fragen intensiv auseinander setzen zu müssen. Diejenigen, die diese Schülersporteinrichtungen betreuen, sind einerseits Lehrerinnen und Lehrer und andererseits auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereine.

Deswegen - das ist unser Vorschlag - brauchen wir hier eine Klarstellung. Die Klarstellung lautet: Es ändert sich keine Mark hinsichtlich der bereitgestellten Mittel, sondern es ändert sich etwas am Verfahren und vor allem am Status der Gelder. Es handelt sich nämlich künftig ganz einwandfrei um sozialversicherungsfreien, von steuerrechtlichen Regelungen nicht erfassten Aufwendungsersatz. Das ist der Kern der Lösung, die im Nachtragshaushalt entsprechend veranschlagt ist.

Dieser Ihnen unterbreitete Vorschlag ist mit dem Finanzministerium seit langem besprochen. Wir halten ihn auch für praktikabel.

**Dr. Annemarie Schraps (CDU)** erinnert zunächst an den Beschluss der Fraktionen aus dem vorigen Jahr, die Einnahmen der Oddset-Wetten den Bereichen Umwelt, Kultur und Sport zur Verfügung zu stellen. Wie man nun dem Nachtragshaushalt, der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und der Erklärung des Sportministers entnehmen könne, sollten die ersten 10 Millionen DM aus den Einnahmen der Oddset-Wette für eine Sportstiftung eingesetzt werden. Ihr sei aufgefallen, dass diese nicht im Sporthaushalt eingestellt würden, sondern im Einzelplan des Ministerpräsidenten veranschlagt, seien im Gegensatz zur Stiftung Umwelt, die im Umweltministerium ressortiere.

Angesichts dessen wolle sie gern wissen, wohin die gesamten Einnahmen aus der Oddset-Wette im Einzelnen flössen. Seinerzeit sei bekanntlich beschlossen worden, den Rennvereinen ausfallende Gelder zu ersetzen, die Einnahmen aus der Oddset-Wette für andere sportliche Finanzierungen heranzuziehen und zurückgehende Einnahmen aus dem Spiel 77 auszugleichen. Von den 10 Millionen DM für die Stiftung verbleibe nicht viel, wenn man etwa 500.000 DM für die Kosten der Verwaltung abziehe. Vor dem Hintergrund stelle sich die Frage, wer die Stiftung verwalte und wie hoch das Stiftungsvermögen in Zukunft angesetzt werden müsste, damit überhaupt etwas bewirkt werden könne. Möglicherweise hätte man mehr davon, wenn die 10 Millionen DM etwa sechs Jahre in den Sport gesteckt würden. Im Übrigen hätte sie es lieber gesehen, wenn der Landtag über diesen Betrag hätte entscheiden können.

Ferner sei sie daran interessiert zu erfahren, was sich hinter der Aussage von Präsident Winkels verberge, dass 75 % der Einnahmen aus der Oddset-Wette in den Sport flössen.

**Ewald Groth (GRÜNE)** betrachtet dieses Thema ebenfalls als wichtig und schlägt vor, sich über die von Frau Schraps gewünschten Informationen, wenn möglich, in der nächsten Sitzung berichten zu lassen. - Dem folgt der **Ausschuss**.

## 5 Verschiedenes

Der **Ausschuss** kommt überein, die vorgelegten Terminvorschläge für die Sitzungsfolge des Jahres 2001 im nächsten Obleutegespräch abzustimmen.

gez. Hinnemann  
Vorsitzende

jo/20.11.2000/22.11.2000